Bezirksamt Lichtenberg von Berlin
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
✉ Möllendorffstraße 6, 10360 Berlin
☎ 90 296-33 10/11/12 Telefax 90 296-33 19
www.lichtenberg.berlin.de | E-Mail: pressestelle@lichtenberg.berlin.de

Pressemitteilung

Donnerstag, 30. Juni 2011

Berliner Erklärung:
Ergebnis des Fachtages „Gender Mainstreaming im Öffentlichen Gesundheitsdienst“

Der "Fachtag Gender Mainstreaming im Öffentlichen Gesundheitsdienst" am 28. Juni im Rathaus Lichtenberg verabschiedete die „Berliner Erklärung“ mit folgendem Wortlaut:

„Im Berliner Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) arbeiten Ärztinnen und Ärzte in einem facettenreichen Tätigkeitsspektrum. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachtages danken allen Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Gesundheitsdienst für ihre verantwortungsvolle Aufgabenwahrnehmung.
Mit dem heutigen Fachtag „Gender Mainstreaming im Öffentlichen Gesundheitsdienst“ wurde die Situation der Ärztinnen und Ärzte des ÖGD unter der Genderperspektive beleuchtet und Ideen zu einer gleichstellungsorientierten Weiterentwicklung der Dienste zusammengetragen. Einmal mehr wurde uns heute ins Bewusstsein gerufen, dass im ÖGD überwiegend Frauen arbeiten. Dies hat Auswirkungen auf Kultur und Image des ÖGD. Der gesellschaftliche Wandel der Geschlechterarrangements, der eindeutig auf Gleichstellung der Geschlechter setzt, erfordert eine stärkere Öffnung von Arbeitsfeldern für beide Geschlechter. Für den ÖGD bedeutet das, bei der Stellenbesetzung dieses Thema verstärkt zu beachten.
Wir sind sehr in Sorge darüber, dass freie Stellen gegenwärtig nicht besetzbar sind, weder durch Ärztinnen noch durch Ärzte. Dies hängt sicherlich mit der vergleichsweise schlechten Bezahlung im ÖGD zusammen. Seit dem Jahr 2006 hat sich die ärztliche Bezahlung in Krankenhäusern, danach auch bei anderen ärztlich besetzten Diensten wie beim Medizinischen Dienst der Krankenversicherung oder bei der Bundeswehr deutlich verbessert. Im Berliner ÖGD hingegen kam es zur Ablösung des BAT durch den TV-L, was sogar noch zu einer Verschlechterung der Situation führte. Im Vergleich mit den Berliner Kliniken verdienen Ärztinnen und Ärzte im Berliner ÖGD inzwischen rund ein Drittel weniger. Dabei ist der ÖGD durchgängig auf den Einsatz von Fachärzten /-innen, die eine klinische Weiterbildung erfolgreich durchlaufen haben und aufgrund jahrelanger Berufserfahrung über eine besonders sichere klinische Urteilsfähigkeit verfügen, angewiesen.
Tuberkulosevorsorge, Schuleingangsuntersuchungen, Sozialpsychiatrie – wenn es um die Gesundheit größerer Bevölkerungsgruppen geht, ist der Öffentliche Gesundheitsdienst unverzichtbar. Nicht beachtet wird auch, dass der ÖGD äußerst wichtige Aufgaben im Infektionsschutz, in der Krankenhausaufsicht, im medizinischen Katastrophenschutz, in der Umweltmedizin, in den Begutachtungen etc. wahrnimmt.
Das überwiegend weiblich geprägte Erscheinungsbild des ÖGD führt dazu, dass dieser Bereich als weniger wertvoll als der männlich dominierte Klinikbereich angesehen wird. Ein typischer

Hinweis dafür ist die vergleichsweise schlechte Bezahlung für eine hoch qualifizierte, überwiegend von Ärztinnen ausgeübte Tätigkeit.
Dadurch entsteht ein Dilemma: Diese Gehaltsbedingungen machen den ÖGD als Arbeitsfeld unattraktiv.
Die mangelhafte Personalsituation hat Folgen sowohl für die Bevölkerung, die auf öffentliche medizinische Leistungen angewiesen ist, als auch für die Beschäftigten im ÖGD. Der ÖGD ist in vielen Bereichen durch Personalmangel inzwischen nur noch eingeschränkt leistungsfähig. Pflichtaufgaben können teilweise nicht mehr erfüllt werden. Diese Voraussetzungen führen ungewollt zu Diskriminierungen, beispielsweise finden kranke Männer bei Bedarf kaum männliche Ansprechpartner im ÖGD.
Hier ist das Land Berlin gefordert. Wenn in Berlin die Gesundheit der Bevölkerung geschützt werden soll, und wenn Gender Mainstreaming ernst genommen werden soll, dann muss die Anpassung des Gehalts der ÖGD-Ärztinnen und -Ärzte als Fachärztinnen und Fachärzte an die Bezahlung der landeseigenen Krankenhäuser der erste Schritt sein. Ein adäquat personell ausgestatteter ÖGD bringt Vorteile für das Land Berlin, auch in finanzieller Hinsicht. Hier rechnerische Modelle vorzulegen, wird das Ziel einer weiteren Veranstaltung sein.“
Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachtages

Weitere Informationen:
Dr. Claudia Wein
Frauenpolitische Sprecherin des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V.
Tel.: 030 90296-7507